

September 2026

Sudan

1. Schutz von Zivilpersonen und Angriffe auf zivile Infrastruktur

Das UN-Menschenrechtsbüro warnte am 08.09.2026, dass Kordofan weiterhin das Zentrum der bewaffneten Auseinandersetzungen im Sudan bilde. In den ersten sechs Monaten 2026 dokumentierte das Büro mindestens 1.120 zivile Todesfälle infolge von Drohnenangriffen. Dies entsprach 80 Prozent der zivilen Todesfälle, die das Menschenrechtsbüro in diesem Zeitraum dokumentierte. Wiederholte Drohnenangriffe auf Tankstellen sowie Wasser- und Strominfrastruktur in und um El Obeid beeinträchtigten den Zugang zu Trinkwasser, Lebensmitteln und medizinischer Versorgung. Auch in Süd-Kordofan, Blue Nile und Nord-Darfur berichtete das Menschenrechtsbüro über Kämpfe, Vertreibung und zunehmende Gefahren für Zivilpersonen und humanitäres Personal.

Nach Recherchen des HUDO Centre und Aussagen lokaler Zeug*innen griffen die Rapid Support Forces am 13.09.2026 mit Drohnen Ziele in Damazin in Blue Nile an. Getroffen wurden demnach der Flughafen, ein Treibstofflager und drei Tankstellen. Das Treibstofflager, die Tankstellen sowie nahe gelegene Geschäfte und eine Bäckerei seien zerstört worden. Nach Angaben des HUDO Centre wurden sechs Menschen getötet und mehr als 15 verletzt.

Am 19.09.2026 kam es nach von OCHA wiedergegebenen lokalen Berichten zu Gewalt auf Märkten in El Daein in Ost-Darfur und Gereida in Süd-Darfur. Bei interkommunalen Kämpfen auf dem Abuja-Markt in Gereida sollen 13 Menschen getötet und mehr als 400 vertrieben worden sein. Weitere Opfer wurden nach Kämpfen in Nyala gemeldet. Humanitäre Organisationen berichteten außerdem über weitere Drohnenangriffe auf El Obeid am 20. und 21. September.

<https://www.ohchr.org/en/statements-and-speeches/2026/09/deputy-high-commissioner-dabo-people-sudan-need-protection-justice>

<https://hudocentre.org/wp-content/uploads/2026/09/0503-00-PS-EN-1.pdf>

<https://www.zawya.com/en/press-release/africa-press-releases/sudan-displacement-food-insecurity-increase-as-violence-escalates-1136248>

<https://darfur24.com/en/2026/09/24/ocha-warns-of-rising-violence-and-food-insecurity-in-sudan/>

2. Kinderrechte und Zugang zu Bildung

Ein Bericht des African Centre for Justice and Peace Studies zum Recht von Kindern auf Bildung beschreibt die anhaltenden Folgen des Kriegs für das sudanesisches Bildungssystem. Geschlossene, beschädigte und zerstörte Schulen, Vertreibung, Unsicherheit, fehlende Lehrkräfte und Lernmaterialien sowie die militärische oder humanitäre Nutzung von Schulgebäuden verhinderten in vielen Landesteilen eine regelmäßige Rückkehr in den Unterricht.

Der ACJPS-Bericht verweist unter anderem auf frühere Angaben von UNICEF, wonach bereits Ende 2025 rund 13 Millionen Kinder nicht zur Schule gingen und mindestens 10.400 Schulen in konfliktbetroffenen Gebieten geschlossen und/ oder beschädigt waren.

Die Bildungskrise wurde im September durch einen neuen Angriff verschärft. Bei Drohnenangriffen auf zwei Lagerhäuser in Shikan in Nord-Kordofan wurden am 20.09.2026 mehr als 292.000 Schulbücher, 40.000 Übungsbücher für Arabisch und Mathematik sowie zusätzliche Lernmaterialien zerstört. Diese sollten ab Oktober 2026 zum Beginn des neuen Schuljahres unter anderem an Schulen in West Bara, Bara und Um Dam verteilt werden. UNICEF warnte, dass der Verlust den Bildungszugang Tausender Kinder zusätzlich beeinträchtigen werde.

<https://www.acjps.org/publications/children-s-right-to-access-education-in-sudan-amidst-ongoing-conflict>

<https://www.unicef.org/sudan/press-releases/drone-strikes-destroy-more-330000-learning-materials-sudans-north-kordofan-state>

<https://web.acjps.org/sudans-war-and-its-devastating-impact-on-infrastructure/>

3. Willkürliche Haft, Folter, Verschwindenlassen und unfaire Verfahren

Der ACJPS-Monatsbericht für September 2026 dokumentiert Tötungen, Beschuss und Drohnenangriffe auf Zivilpersonen sowie willkürliche Festnahmen, Verschwindenlassen und Folter in mehreren Bundesstaaten. Betroffen waren demnach unter anderem Zivilpersonen, Aktivistinnen, humanitäre Helferinnen und Journalist*innen. Der Bericht verweist zudem auf sich verschlechternde Bedingungen in Gefängnissen und Haftzentren sowie auf unfaire Gerichtsverfahren hin. Er listet unter anderem im Detail 81 zivile Todesfälle, 3 Gerichtsurteile gegen Aktivist*innen und Freiwillige, 5 Fälle von Verschwindenlassen und 8 Fälle von willkürlichen Festnahmen. Der Bericht ist eine Empfehlung für alle Leser*innen diesen Newsletters. Er erscheint monatlich auf: <https://www.acjps.org/publications>.

Ende September berichtete Sudan Tribune über zwei Männer im Al-Huda-Gefängnis, die wegen mutmaßlicher Zusammenarbeit mit der RSF zum Tode verurteilt worden waren. Einer der Gefangenen berichtete von schwerer Folter, einer erzwungenen Aussage und 45 Tagen Haft in einer Geheimdiensteinrichtung. Die Familie des zweiten Mannes erklärte, er sei etwa ein Jahr ohne Anklage sowie ohne Kontakt zu seiner Familie oder anwaltlicher Vertretung festgehalten und anschließend in einem geschlossenen Verfahren zum Tode verurteilt worden. Ein Vertreter der Menschenrechtsgruppe Emergency Lawyers kritisierte fehlende Haftbefehle, verweigerten Zugang zu anwaltlicher Vertretung und Todesurteile auf Grundlage schwacher oder mutmaßlich erzwungener Beweise.

<https://www.acjps.org/publications/acjps-monthly-newsletter-september-2026>

<https://sudantribune.com/article/319367>

4. Humanitäre Krise, Vertreibung und Ernährungsunsicherheit

Kämpfe in Nord- und Süd-Kordofan, Blue Nile und Nord-Darfur führten im September zu weiteren Vertreibungen. Humanitäre Organisationen meldeten innerhalb einer Woche mehrere Tausend neu Vertriebene. Gleichzeitig verschärfte sich die Ernährungskrise. In der Locality Tawila in Nord-Darfur war Brot Berichten zufolge vier Tage lang nicht auf den Märkten verfügbar, nachdem Bäckereien am 18.09.2026 wegen Spannungen über stark gestiegene Brotpreise geschlossen hatten. Nach Angaben des Welternährungsprogramms stiegen die Kosten des lokalen Lebensmittelkorbs gegenüber dem Vormonat um 13 Prozent.

Auch der humanitäre Zugang blieb eingeschränkt. Das UN-Menschenrechtsbüro berichtete über die Festnahme humanitärer Helfer*innen durch die SPLM-North, die Plünderung eines Lagerhauses in Kauda und einen Luftangriff außerhalb von Dilling, bei dem mit Hilfsgütern beladene Lastwagen des Welternährungsprogramms zerstört wurden.

Der Deutsche Bundestag berichtete am 28.09.2026 über die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zu den Ergebnissen der Berliner Sudan-Konferenz. Nach Angaben der Bundesregierung wurden insgesamt fast 1,5 Milliarden Euro für Menschen im Sudan und in betroffenen Nachbarstaaten zugesagt. Mehr als 20 Staaten und Institutionen hätten anschließend die „Berliner Prinzipien für Sudan“ verabschiedet. Aus Sicht der Bundesregierung habe die Konferenz zur Abstimmung der Friedensbemühungen beigetragen; der „Gemeinsame Aufruf zur Beendigung des Krieges“ ziviler Akteure sei ein wichtiger Meilenstein gewesen.

<https://www.zawya.com/en/press-release/africa-press-releases/sudan-displacement-food-insecurity-increase-as-violence-escalates-1136248>

<https://www.ohchr.org/en/statements-and-speeches/2026/09/deputy-high-commissioner-dabo-people-sudan-need-protection-justice>

<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1217980>

5. Externe Unterstützung der RSF und deutsche Verantwortung

Human Rights Watch forderte die Bundesregierung im Vorfeld des Besuchs des Präsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate in Berlin auf, die mutmaßliche Unterstützung der RSF durch Akteure aus den VAE öffentlich anzusprechen. HRW verwies dabei auf Feststellungen der UN-Fact-Finding Mission, deren Bericht am 01.09.2026 veröffentlicht worden sei. Demnach hätten Personen und Unternehmen mit Sitz in, Registrierung in oder Verbindungen zu den VAE eine bedeutende Rolle in Netzwerken gespielt, die ausländische Militärdienstleister rekrutierten, finanzierten, transportierten und einsetzten sowie militärische Unterstützung zugunsten der RSF bereitstellten. Die VAE weisen die Vorwürfe zurück.

HRW verwies außerdem auf eine eigene Untersuchung vom Mai 2026, wonach das in Abu Dhabi ansässige Sicherheitsunternehmen Global Security Services Group seit 2024 Hunderte kolumbianische private Militärdienstleister angeworben habe, die im Sudan an der Seite der RSF eingesetzt worden seien. HRW forderte Deutschland und andere EU-Mitgliedstaaten auf, die Rolle des Unternehmens und seines Geschäftsführers zu untersuchen, gezielte Sanktionen zu prüfen, ein EU-weites Waffenembargo gegen die VAE zu verhängen und die mutmaßliche Unterstützung der RSF öffentlich zu verurteilen.

<https://www.hrw.org/news/2026/09/07/germany-confront-uae-role-in-sudan-repression-at-home>

6. Beweissicherung und Rechenschaftspflicht

Eine im September veröffentlichte Reportage des Amnesty-Magazins beschreibt, wie sudanesische Aktivistinnen und Geflüchtete im Tschad Beweismaterial für mögliche spätere Gerichtsverfahren sichern. In Flüchtlingslagern sammeln und überprüfen sie Zeug*innenaussagen, Bilder und Videos zu mutmaßlichen Verbrechen in Darfur. Der Beitrag beschreibt außerdem, wie auch von Angehörigen bewaffneter Gruppen veröffentlichte Aufnahmen Hinweise auf Orte, Zeitpunkte, Opfer und mutmaßlich Verantwortliche liefern können.

Die Dokumentationsarbeit kann spätere Ermittlungen und Verfahren unterstützen, birgt aber erhebliche Risiken für Aktivist*innen, Zeug*innen und Überlebende.

<https://www.amnesty.ch/de/magazin-amnesty/2026/2026-3/gerechtigkeit-um-jeden-preis>

Südsudan

1. Politischer Übergang, Auflösung der Übergangsregierung und Wahlen

Nach der Unterzeichnung von Änderungen am Wahlgesetz am **21.09.2026** löste Präsident Salva Kiir Mayardit am folgenden Tag die Übergangsregierung auf. Die Änderungen beseitigten die bisherige Voraussetzung, vor den Wahlen eine dauerhafte Verfassung sowie eine nationale Volkszählung abzuschließen. Nach der Regierungsdarstellung handelte es sich um einen gesetzlich vorgesehenen Schritt im Wahlprozess. Das Präsidialamt erklärte zudem, dass rund 39 politische Parteien registriert worden seien, die Wahlkommission Büros in allen Bundesstaaten eingerichtet habe und die Registrierung der Wähler*innen bald beginnen solle. Diese Angaben stammen aus der offiziellen Darstellung des Präsidialamts.

Reuters berichtete, dass die Wähler*innenregistrierung zum Zeitpunkt der Meldung noch nicht begonnen hatte. Nach dem geänderten Gesetz bleibt die bestehende Exekutivführung während der Wahlperiode mit ihren verfassungsmäßigen Befugnissen im Amt, bis ein neu gewählter Präsident sein Amt übernimmt. Das Gesetz verkleinert die Nationalversammlung von 650 auf 270 Sitze, die Parlamente der Bundesstaaten von 100 auf 58 Sitze und die gesetzgebenden Räte der Verwaltungsgebiete auf jeweils 20 Mitglieder.

Riek Machar, Vorsitzender der wichtigsten Oppositionspartei SPLM-IO, befand sich weiterhin unter Hausarrest und stand wegen Vorwürfen einschließlich Hochverrats und Mordes vor Gericht, die er bestreitet.

Amnesty International forderte die südsudanesischen Behörden nach der angekündigten Auflösung der Übergangsregierung auf, einen freien und sicheren politischen Raum zu gewährleisten. Die Legitimität der Wahl hänge nicht allein von ihrer Durchführung ab, sondern davon, ob Menschen frei, sicher und gleichberechtigt wählen und kandidieren könnten. Amnesty verlangte den Schutz der Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie ein Ende der Einschüchterung von Journalistinnen, zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und politischen Gegner*innen. Die Organisation verwies auf bereits früher dokumentierte willkürliche Inhaftierungen und repressive Maßnahmen gegen kritische Stimmen.

<https://amnesty-zentral-ostafrika.de/2026/09/suedsudan-behoerden-muessen-den-zivilgesellschaftlichen-raum-im-vorfeld-der-geplanten-nationalen-wahlen-schuetzen/>

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2026/09/south-sudan-authorities-must-protect-civic-space-ahead-of-scheduled-national-elections/>

<https://op.gov.ss/president-kiir-announces-dissolution-of-transitional-government-paving-the-way-for-december-elections>

<https://www.reuters.com/world/africa/south-sudans-president-signs-election-law-changes-ahead-december-vote-2026-09-22/>

<https://www.aljazeera.com/news/2026/9/23/south-sudan-dissolves-government-ahead-of-first-ever-national-elections>

2. Schutz von Zivilpersonen, sexualisierte Gewalt und politischer Raum

Nach einer viertägigen Reise in den Südsudan warnte die UN-Menschenrechtskommission für Südsudan am 10.09.2026 vor wachsenden Gefahren für die Zivilbevölkerung und den politischen Übergang. Die Kommission nannte erneute Gewalt, politische Spannungen, einen schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Raum, Korruption und anhaltende Straflosigkeit als zentrale Risiken.

In Bor traf die Vorsitzende der Kommission Überlebende der jüngsten Kämpfe im Norden des Bundesstaates Jonglei. Frauen und Mädchen berichteten von sexualisierter Gewalt, Tötungen, Vertreibung und der Trennung von ihren Familien. Mehrere Überlebende hatten demnach keinen Zugang zu medizinischer, psychosozialer oder anderer wesentlicher Unterstützung, darunter Personen mit dringendem medizinischem Bedarf. Die Kommission äußerte außerdem Besorgnis über Tötungen, Angriffe auf zivile Infrastruktur, die Unterbrechung humanitärer Einsätze und zunehmende Gefahren für humanitäres Personal.

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2026/09/south-sudan-un-commission-warns-growing-risks-civilians-and-democratic>

<https://news.un.org/en/story/2026/09/1168307>

3. Interkommunale Gewalt in Jonglei

Bei Kämpfen zwischen jungen Männern aus Duk County und dem benachbarten Twic East County wurden nach Angaben lokaler Stellen am 24.09.2026 mindestens 13 Menschen getötet und 26 verletzt. Die Kämpfe

fanden im Dorf Apiir Palaadhiim in Duk Payuel statt. Der ehemalige Commissioner von Duk County erklärte, die genannten Opferzahlen betreffen zunächst nur die Seite aus Duk. Angaben zu Toten und Verletzten aus Twic East lagen noch nicht vor, weshalb die tatsächliche Gesamtzahl höher sein könnte.

<https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/13-killed-in-duk-county-violence>

4. Humanitäre Krise, Ernährung und Zugang zu Hilfe

Finanzierungslücken drohten im September mehr als einer Million besonders gefährdeten Menschen den Zugang zu lebensrettender Nahrungsmittel- und Ernährungshilfe zu nehmen. Dies bedeutet nicht, dass die Hilfe für alle Betroffenen bereits vollständig eingestellt war, sondern dass notwendige Leistungen aufgrund fehlender Mittel gefährdet waren. Finanzierungslücken bedrohten zugleich lebensrettende Hilfe für Geflüchtete im Südsudan. Konflikte führten zu weiteren Vertreibungen, während Rückkehrer*innen in vielen Gebieten nur unzureichenden Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen hatten. Steigende Zugangsbeschränkungen erschwerten die humanitäre Hilfe zusätzlich; zugleich weitete der UN Humanitarian Air Service seine Flüge in schwer erreichbare Gebiete aus.

<https://www.unocha.org/publications/report/south-sudan/south-sudan-humanitarian-update-15-september-2026>

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2026/09/south-sudan-un-commission-warns-growing-risks-civilians-and-democratic>

5. Willkürliche Haft von aus den USA abgeschobenen Männern

Amnesty International berichtete am 23.09.2026, dass fünf im Rahmen der US-Abschiebungspolitik in den Südsudan gebrachte Männer weiterhin willkürlich festgehalten wurden. Dabei handelte es sich um José Manuel Rodríguez Quiñones, Kyaw Mya, Thongxay Nilakout, Enrique Arias Hierro und Nyo Myint. Die südsudanesischen Behörden hätten weder den genauen Aufenthaltsort der Männer noch eine klare rechtliche Grundlage für ihre weitere Inhaftierung offengelegt. Ihre in den USA ansässigen Rechtsbeistände hätten nur in mehrmonatigen Abständen über überwachte Telefonate Kontakt erhalten; ein Anwalt in Juba habe keinen Zugang zu ihnen gehabt.

Amnesty forderte die sofortige Offenlegung ihres Aufenthaltsorts, uneingeschränkten und vertraulichen Zugang zu anwaltlicher Vertretung sowie eine unverzügliche Klärung der rechtlichen Grundlage der Inhaftierung oder ihre Freilassung. Tuan Thanh Phan, der derselben Gruppe angehörte und

seit dem 04.07.2025 im Südsudan festgehalten worden war, wurde nach Angaben von Amnesty am 19.06.2026 freigelassen.

<https://www.amnestyusa.org/urgent-actions/south-sudan-deportee-released-others-still-detained/>

6. Ebola-Vorsorge und Rückkehr aus der Demokratischen Republik Kongo

Im September hielten die gesundheitlichen Risiken aufgrund von Ebola-Fällen in der benachbarten Demokratischen Republik Kongo an. Nach Angaben von OCHA waren mehr als 500 südsudanesishe Rückkehrer*innen aus der Demokratischen Republik Kongo in den Südsudan gekommen, während Maßnahmen zur Vorsorge und Überwachung verstärkt wurden. Die Rückkehrbewegung erhöhte den Bedarf an gesundheitlicher Kontrolle, Informationen und grundlegender Unterstützung an Grenzübergängen und in den Aufnahmegebieten.

<https://www.unocha.org/publications/report/south-sudan/south-sudan-humanitarian-update-15-september-2026>

7. Zugang zur Justiz bei sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt

Am 16.09.2026 leitete die südsudanesishe Justiz mit Unterstützung von UNMISS und Finanzierung durch die norwegische Botschaft eine zweiwöchige Initiative zur beschleunigten Bearbeitung von Fällen sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt ein. Bis zum 29.09.2026 sollten 81 anhängige Strafverfahren, darunter 66 Vergewaltigungsfälle, vor dem zuständigen Gericht in Juba verhandelt oder vorangebracht werden.

Bereits am 07.09.2026 nahm im Bentiu-Lager für Binnenvertriebene ein temporäres Gericht seine Arbeit auf. Das Lager beherbergt nach Angaben von UNMISS mehr als 100.000 Menschen. Das Gericht sollte bis zum 26.09.2026 Fälle zu sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt, Drogen und Bandengewalt behandeln. Die Maßnahme folgte wiederholten Forderungen der Lagergemeinschaft nach einem besseren Zugang zu Justiz- und Rechtsstaatsmechanismen.

<https://unmiss.unmissions.org/en/press-releases/information-note-judiciary-of-south-sudan-launches-expedited-trials-to>

https://unmiss.unmissions.org/sites/default/files/2026-09/information_note_bentiu_idp_camp_court_opens_today_to_strengthen_access_to_justice.pdf

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2026/09/south-sudan-un-commission-warns-growing-risks-civilians-and-democratic>